

.....
**Wahlprogramm
Kommunalwahl 2024**



KONSEQUENT SOZIAL!

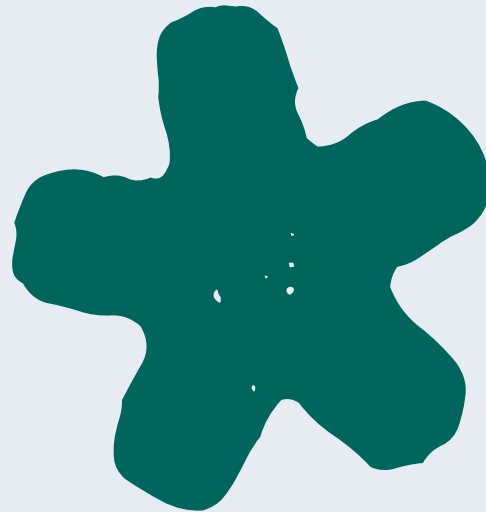
**Für ein solidarisches
und klimagerechtes
Freiburg für alle!**

LINKE LISTE
SOLIDARISCHE STADT

www.linke-liste-freiburg.de



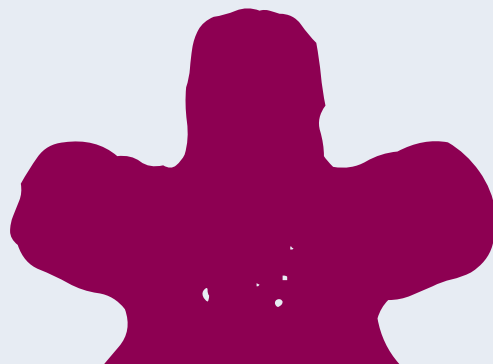
**KONSEQUENT
SOZIAL!**



.....

Inhaltsverzeichnis

1. Wohnen ist Menschenrecht. Sozial-ökologisch Bauen und Wohnen
 2. Soziale Teilhabe statt Ausgrenzung
 3. Kinder, Familie und Bildung - Alle mitnehmen und fördern, niemanden zurücklassen
 4. Klima- und Umweltschutz - Für eine sozial-ökologische Stadt
 5. Verkehrswende jetzt – Fußgänger:innen, Fahrrädern, Bussen und Bahnen gehört die Zukunft
 6. Eine starke Stadtgesellschaft braucht starke Stadtteile und Ortschaften
 7. Kommunale Demokratie und Mitbestimmung
 8. Finanzen und Wirtschaft - Falsch gespart, kommt richtig teuer
 9. Gute Arbeit und faire Löhne in der ganzen Stadt
 10. Miteinander auf Augenhöhe - Solidarität statt Abschottung bei Migration und Integration
 11. Solidarische Stadtgesellschaft gegen Faschismus, Rassismus und Ausgrenzung
 12. Frieden schaffen durch Solidarität, Erinnerung und Dialog
 13. Mädchen, Frauen, Geschlechtergerechtigkeit
 14. Junge Menschen integrieren und mitentscheiden lassen
 15. Alt werden, gesund bleiben - eine kommunale Aufgabe
 16. Barrierefrei und inklusiv - Eine Stadt für wirklich ALLE
 17. Sport und Freizeit - Gemeinsam fit und gesund in Freiburg leben
 18. Kultur und Nachtleben - Mehr (er)leben – Platz für Kultur, Clubs und Kreativität
 19. Digitalisierung - Medienkompetenzen stärken
 20. Sicherheit durch Prävention – Sexualisierter Gewalt entgegenzutreten
-



Wir machen linke Politik im Freiburger Gemeinderat!

Konsequent sozial - Für ein solidarisches und klimagerechtes Freiburg für alle!

Der Wunsch nach einem Politikwechsel und wirklicher Veränderung ist überall spürbar. Anders als viele andere Listen und Parteien, sehen wir die Ursachen für die meisten gesellschaftlichen Probleme in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Dieser stellen wir die Idee einer solidarischen Gesellschaft entgegen, die die sozialen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Damit einher geht ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Nur die Verbindung von sozialen und ökologischen Notwendigkeiten werden wir gemeinsam diese Gesellschaft verändern. Neben dem Druck durch gesellschaftliche Bewegungen sind die Kommunalwahlen ein wichtiges Mittel für die Umsetzung dieser Veränderungen, denn sie bieten Möglichkeiten für ein konkretes Eingreifen hier vor Ort.

Die Linke Liste-Solidarische Stadt geht davon aus, dass eine grundlegende und dauerhafte Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wasser und Nahrung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und die Bewahrung unserer Umwelt und des Klimas nicht zu gewährleisten sein wird, solange diese Bereiche der Profitlogik und den Mechanismen des Marktes unterworfen sind. So nötig es ist, mit allen verfügbaren Kräften auch innerhalb dieses Systems in allen Bereichen konkrete Verbesserungen durchzusetzen, so notwendig ist es auch, dieses System selbst in Frage zu stellen und auf eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinzuwirken.

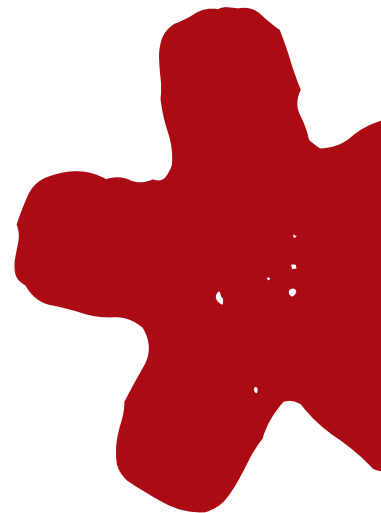
Seit 40 Jahren ist die Linke Liste die soziale Kraft im Gemeinderat. Unsere Stadträt:innen sind nah bei den Bürger:innen und bringen deren Anliegen aktiv in den Gemeinderat ein. Sie versteht sich dabei auch als Werkzeug für diverse gesellschaftliche und solidarische Initiativen, um direkt und konkret in den politischen Prozess einzugreifen.

Die Fraktion EINE STADT FÜR ALLE ist - wie vorher auch die UL3-Fraktion - im Gemeinderat eine verlässliche Bündnispartnerin aller Initiativen, Gruppen und Vereine, die sich für ein menschenwürdiges und umweltgerechtes Freiburg engagieren. Unsere Stadträt:innen stellen mit drei Mitgliedern einen wesentlichen Teil der siebenköpfigen EINE STADT FÜR ALLE-Fraktion, bestehend aus Linker Liste, der Grünen Alternativen und den Unabhängigen Frauen. Zusammen wirken wir in den Gremien und Ausschüssen des Gemeinderates für soziale, kulturelle und ökologische Verbesserungen sowie echte und aktive Gleichstellung.

Vieles haben wir Linke Liste – Gemeinderät:innen in den vergangenen Jahren bewegt:

- Widerstand gegen Kürzungen im Sozialbereich
 - gegen die Erhöhung der Kita- und Schwimmbadpreise
 - Verhinderung des Verkaufs von 120 Mietwohnungen der FSB in Weingarten
 - Ermöglichung von neuen gemeinwohlorientierten Wohnprojekten
 - die Neuaufstellung des Freiburg-Passes als Sozialkarte
 - den Ausbau von Bus- und Car-Sharing-Angeboten insbesondere in den Ortschaften
 - den massiven und sichtbaren Ausbau des Freiburger Fahrradnetzes
- um nur einige Beispiele zu nennen.

Um wirklich voranzukommen, braucht es dringend eine neue soziale, weltoffene und für den Klimaschutz kämpfende Mehrheit im Gemeinderat. Dazu ist vor allem eine starke Linke Liste notwendig, die Solidarität und soziale Gerechtigkeit in den Fokus nimmt und sich dem zerstörerischen gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenstellt. Auf unserer Liste finden sich erfahrene und neue Kandidat:innen, junge und alte. Sie alle haben Lust auf eine engagierte, echte linke Kommunalpolitik, und wollen sie mit Ihrer/Eurer Stimme und Unterstützung neue Ideen umsetzen: für einen konstruktiven Politikansatz - immer konsequent sozial - für ein solidarisches und klimagerechtes Freiburg für alle!



INFOS

Die LINKE LISTE ist ein partei-unabhängiges Wähler:innen-Bündnis.

Die LINKKE LISTE ist seit 40 Jahren im Freiburger Gemeinderat. Wir waren zuletzt in der Fraktion EINE STADT FÜR ALLE.

Bis 2024 waren für uns im Stadtrat: Gregor Mohlberg, Anne Reyers und Günter Rausch.

Unsere erste Stadträtin war Ute Guzzoni.

Seither waren für uns im Stadtrat: Michel Moos, Hendrik Guzzoni, Ulrike Schubert, Angelina Flaig, Lothar Schuchmann uvm.



1. Wohnen ist Menschenrecht. Sozial-ökologisch Bauen und Wohnen



Die Linke Liste steht für eine aktive soziale Wohnungs- und Mietpolitik, die für alle dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in Freiburg in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns für deutlich mehr Mieter:innen-Mitbestimmung in der städtischen Wohnungs- und Bauplanung ein.

Dauerhaft bezahlbar heißt für uns eine Miete, die 25% des Haushaltseinkommens nicht übersteigt. Denn nach wie vor wenden Mieter:innen mit niedrigem Einkommen für die Mieten und Mietnebenkosten bis zu 50% und mehr ihres Haushalts-Einkommens auf, das ist der höchste Anteil aller Ausgaben. Daher setzen wir uns für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum, Platz für alternative Wohnformen und die Ausweitung der Wohnungsbestände in öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Besitz ein. Wohnraum-mangel, explodierende Mieten und die Verdrängung von Menschen mit geringem und zunehmend auch mittlerem Einkommen stellen eine faktische Umverteilung von arm zu reich dar. Diese unzumutbare Situation macht einen radikalen Wechsel in der Wohnungs- und Mietpolitik unumgänglich.

Forderungen und Standpunkte

- konsequente Umsetzung und Erhöhung der 50%-Quote für geförderten Mietwohnungsbau und Abschaffung der Freikaufregelung, die Wohnbaugesellschaften durch Abtretung eines Anteils des Baugrunds an die Stadt eine Möglichkeit bietet, die Quote für sozialen Wohnungsbau zu umgehen
- Konzeptvergabe in Neubaugebieten nach der gesetzten 50% Quote für sozialen Mietwohnungsbau bei einer Bindungsdauer von 40 Jahren
- Vergabe städtischer Grundstücke vorrangig in Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger wie Baugenossenschaften, Baugemeinschaften, Miethäusersyndikats-Projekte und die Stadtbau nach Vergaberichtlinien, die sicherstellen, dass die Wohnungen langfristig dem Markt und der Spekulation entzogen und keine Gewinne aus den Mieten erzielt werden
- Verdoppelung des Anteils der Mietwohnungen in öffentlichem oder genossenschaftlichem Besitz am Gesamtbestand bis zum Jahr 2040
- Grundsätzliche Neuausrichtung der Freiburger Stadtbau (FSB) im Sinne des sozialen Wohnungsbaus: Statt Heranführung an den Mietspiegel: Senkung der Mieten auf die früher übliche Kostenmiete und grundsätzliche Neukonzeption der Gesellschaftsform
- Mieterhöhungs-Stopp bei der Freiburger Stadtbau (FSB) für mindestens drei Jahre
- Ausstieg der Freiburger Stadtbau (FSB) aus dem Bauträgergeschäft und Konzentration auf den Neubau von geförderten Mietwohnungen
- kein Verkauf (Privatisierung) von Wohnungen der Freiburger Stadtbau
- mehr Sozialwohnungen durch die Verlängerung aller auslaufenden Sozialbindungen
- Bau und Bewirtschaftung von Mitarbeiter:innen-Mietwohnungen durch die städtischen Gesellschaften (FSB, FSI, VAG und ASF) statt privater Eigentumsmaßnahmen
- flächendeckende Milieuschutz- und Erhaltungssatzungen
- keine neuen Ferienwohnungen in neuen Baugebieten
- konsequentes Leerstands- und Zweckentfremdungsverbot, wie auch deren Kontrolle
- Bau der 2018 versprochenen 200 Kleinstwohnungen für Wohnungslose bis 2025
- Offensive Anwerbung bzw. Akquise von Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt und bei den Wohngenossenschaften für Wohnungssuchende mit sozialen Problemen
- mehr barrierefreier Wohnraum und mehr Wohngruppen für Menschen mit psychischen und anderen chronischen Erkrankungen
- weiterer Bau von Azubi- und Studierenden-Wohnheimen
- Verringerung des Pro-Kopf-Wohnflächenbedarfs, u.a. durch mehr gemeinschaftliche

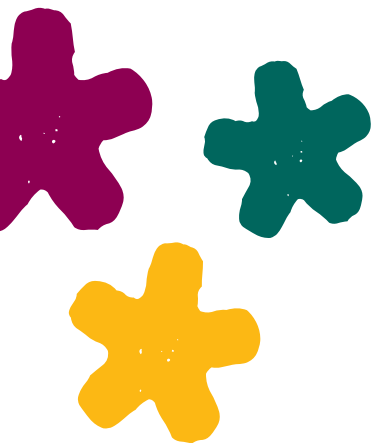
ERFOLGE

Wir konnten den Verkauf von 120 Stadtbau-Wohnungen verhindern.

Wir haben die Anzahl der Beschäftigten in der Wohngeldstelle erhöht.

Wir haben ein Azubi-Wohnheim, konkrete Miethäusersyndikathäuser und alternatives Wohnen umgesetzt.

Wir unterstützen die Mieterinitiativen und sind konsequent gegen Mieterhöhungen.



Wohnprojekte und die Umzugsunterstützung, Mitnahme der qm-Miete von der alten in die neue Wohnung dadurch, dass man danach nicht mehr Miete pro Quadratmeter bezahlt als vorher

- variable Wohnungskonzepte, vergrößer- und verkleinerbar, entsprechend der Bedarfe von kleinen und großen Haushalten
- Erhalt von mietgünstigen alten Wohnungsbeständen nach dem Prinzip „Sanierung vor Abriss“
- Stärkung des Referats für bezahlbares Wohnen im Sinne der Mieter:innen
- mehr Personal in der Wohngeldstelle zur schnellen Antragsbearbeitung und Auszahlung von Unterstützungsleistungen
- Wahl eines stadtweiten Mieter:innen-Beirats und mehr Mieter:innen-Mitbestimmung
- wesentliche Erhöhung der Bundes- und Landesförderung für den sozialen Wohnungsbau in gemeinwohlorientierter Hand und Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit

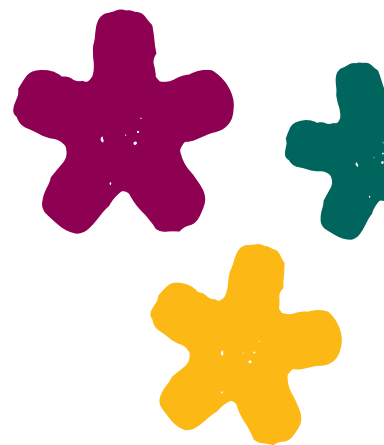
2. Soziale Teilhabe statt Ausgrenzung



Die Linke Liste ist die soziale Kraft im Gemeinderat. Wir wollen, dass eine solidarische Stadtgesellschaft alles tut, um benachteiligten Menschen und insbesondere Kindern soziale Gerechtigkeit und gleiche Zugangschancen zu geben und sie am gesamten Stadtleben - in allen Bereichen wie Bildung, Sport, Mobilität, Kunst, Kultur und Politik - aktiv teilhaben lässt. Dem Abbau des Sozialstaates zum Vorteil des Wohlstandes einiger weniger stellen wir uns entschieden entgegen. Ein gutes Leben für alle – das ist unser Ziel. Niemand darf diskriminiert, ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Forderungen und Standpunkte

- Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene u.a. durch die Sicherung bezahlbarer Mieten für alle, gute kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote und Bildungsunterstützung
- Sicherung sozialer Teilhabe durch ein günstiges ÖPNV-Sozialticket,
- weiterer Ausbau des Freiburg-Passes als Sozialkarte für abgesenkte Eintrittspreise für Menschen mit geringem Einkommen
- Mehr kommunale Beschäftigungsangebote für Erwerbslose und schnelle Integration in den Arbeitsmarkt
- Sozialentwicklungspläne einführen, die die gleichberechtigte Teilhabe in allen Stadtteilen in den Fokus nehmen und verwirklichen
- Stärkung des Quartiers als Ort sozialer Integration und gutem nachbarschaftlichem Netzwerk
- Einrichtung bzw. Verbesserung von Sozial-, Mieter:innen-, Familien- und Gesundheitsberatungen in allen Stadtteilen, sowie Gesundheits- und Sozialzentren in allen Stadtteilen
- Gewährleistung von qualifizierten schulischen Ganztagsangeboten und Schaffung einer Bildungs- und Übergangsbegleitung für alle Familien und deren Kinder von der Geburt bis zum Abschluss einer Berufs-/Hochschulausbildung
- Ausbau sozial-psychologischer Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen
- Umsetzung der Housing-First-Strategie in Freiburg durch Bereitstellung von eigenem Miet-Wohnraum für wohnungs- und obdachlose Menschen
- Mehr Wohnungskontingente für wohnungs- und obdachlose Menschen bei allen großen Wohnungsgesellschaften
- Keine Vertreibung aus der Innenstadt von Wohnungslosen, bettelnden Personen und jungen Menschen auf der Straße
- Vergünstigte Sozialtarife für Strom, Gas und weitere Energie bei der Badenova als kommunalem Energieversorger
- Kommunaler Wohngeldzuschuss für Geringverdiener:inne



ERFOLGE

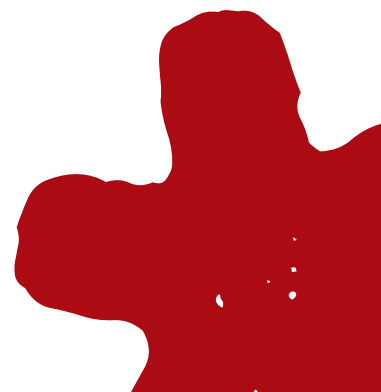
Verbesserung des Freiburg-Pass als Freiburger Sozialkarte.

Verbesserung und Vergünstigung des Sozial-Tickets im ÖPNV.

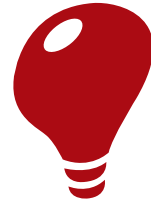
Sozial-integratives Gesamtkonzept für den Stühlinger Kirchplatz voran gebracht.

Einrichtung der Ombudsstelle am Jobcenter.

Klar gegen Erhöhung der Kita-Gebühren und der Schwimmbad-Preise gestimmt.



3. Kinder, Familie und Bildung - Alle mitnehmen und fördern, niemanden zurücklassen



Die Linke Liste steht für eine Stadt, die Bildungsgerechtigkeit ernst nimmt und allen Kindern ab Geburt, in der Kita und in der Schule über erfolgreiche Bildungswege einen guten Start in ihre Zukunft gibt. Der Auftrag, für alle Kinder und Jugendliche gleiche Bildungschancen zu gewährleisten, muss eine sehr hohe Wertigkeit erhalten. Die bauliche und personelle Gestaltung von Schulen und Kitas muss sicher stellen, dass Bildungseinrichtungen integrativ arbeiten können und eine Pädagogik gewährleisten können, die alle Kinder und Jugendlichen gleich gut fördert. Junge Menschen und Familien sind aktiv auf ihrem Bildungsweg zu begleiten und Bildungshürden sind frühzeitig auszugleichen. Bildung muss immer kostenfrei sein.

ERFOLGE

Rücknahme der pauschalen Kürzungen bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen.

Klares Nein zur Erhöhung der Kitagebühren.

Solidarität mit den Beschäftigten in der Sozial- und Pflegeberufen.

Zukünftiger Bau einer Gemeinschaftsschule am Tuniberg.

Forderungen und Standpunkte

- Integrative Stadtteil- und Familienzentren in allen Quartieren mit Familienbildung und intensiver Einbindung aller beteiligter Akteure
- Ausbau der Frühen Hilfen ab Schwangerschaft und Geburt, Stärkung der Hebammen-Versorgung
- Forcierte und fachkundige Weiterentwicklung des frühen präventiven Kinderschutzes
- Frühe Förderung und Hilfen durch professionelles pädagogisch qualifiziertes Personal, beitragsfreie Krippen- und Kitaplätze sowie Schulkindbetreuung für alle
- schrittweise Senkung der Elternkosten bei den Kita-Gebühren mit dem Ziel der Gebührenfreiheit
- Kostenlose Kinderbetreuung, Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Abschluss einer Ausbildung
- Sicherung guter pädagogischer Qualität in den Kitas durch mehr Personal, sozialräumlich angepasste Sozialberatungsangebote für Kinder und Familien
- Schaffung von ausreichenden Kita-Plätzen mit guten Öffnungszeiten in allen Stadtteilen
- Zurücknahme der Kürzung der Verfügungszeiten in den Kitas
- Erhöhung der städtischen Zuschüsse zur Gewährleistung der Öffnungszeiten der Kitas
- Festangestellte heilpädagogische Fachkräfte in allen Kitas
- Mehr Bildungsgerechtigkeit durch den Ausbau von Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe
- Schnelle Sanierung der städtischen Schulgebäude und Turnhallen
- Gesundes, warmes, ausgewogenes, beitragsfreies Mittagessen für alle Schulkinder und die Bereitstellung hierfür geeigneter Mensen und Cafeterien
- Schneller Bau der Schule am Tuniberg und einer weiterführenden Schule in Weingarten für eine ausreichende Bildungsversorgung auch im Westen der Stadt

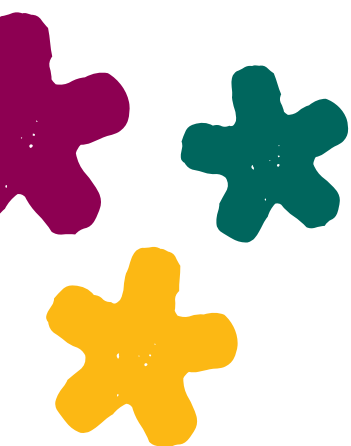
4. Klima- und Umweltschutz - Für eine sozial-ökologische Stadt



Die Linke Liste steht für eine wirksame und soziale Klimapolitik. Wir sind solidarisch mit der Klimabewegung und stützen uns auf deren Ideen und gesellschaftlichen Druck. Umwelt- und Klimaschutz sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Über die Nutzung von Solar- und Windkraft, Geothermie, die Stärkung umweltfreundlicher Mobilität und die Verwendung nachhaltiger Baustoffe, kann der CO₂-Ausstoß Freiburgs deutlich verringert werden. Die Kosten dieses Wandels sollen vor allem aus einem gerechten Steuersystem und einer Bepreisung bezahlt werden, die nicht zu Lasten der Menschen mit kleinem Einkommen geht.

Forderungen und Standpunkte

- Maßnahmen fördern, die den CO₂-Ausstoß massiv reduzieren und bis 2035 eine klimaneutrale Stadt ermöglichen
- Ausbau regenerativer Energien, sparsamerer Energieverbrauch, konsequente Reduktion des CO₂-Ausstoßes bei Stadtverwaltung, Gewerbe, Handel wie im öffentlichen und



privaten Wohnungsbau

- Die Kosten für notwendige energetische Sanierungen müssen sich selbst tragen oder aus öffentlichen Fördermitteln finanziert werden
- Berücksichtigung von grauer Energie bei Sanierungs- und Abrissentscheidungen im Wohnungsbau, Sanierung vor Abriss
- Ausbau von Photovoltaik-Anlagen, insbesondere auf städtischen Gebäuden und deren (Wohn-)Gesellschaften
- Balkonsolar an alle Balkone (Erstellung eines entsprechenden Konzepts mit allen Wohnungsgesellschaften)
- Fassaden- und Dachbegrünungen an und auf allen öffentlichen Gebäuden, wo dies technisch sinnvoll ist
- Förderung von Biodiversität u.a. durch mehr Grün- und Freiflächen, ökologische Konzepte für die städtischen Parkanlagen, Urban Gardening und Mietgärten als ökologische Nischen für den Erhalt der Artenvielfalt
- Massiver Ausbau der Stadtbegrünung vor allem durch neue Bäume in der Stadt, u.a. am Platz der Alten Synagoge und auf den öffentlichen Plätzen in den Stadtteilen
- gezielte Eigentümerberatung zur Gestaltung von Privatflächen
- Maximaler Erhalt des Dietenbachwaldes auch bei zusätzlichen Kosten und mehr Flexibilität bei der Planung des neuen Stadtteils im Hinblick auf Notwendigkeiten des Arten- und Klimaschutzes sowie Hitzeanpassungsmaßnahmen
- Förderung regionaler Biolandwirtschaft und entsprechender Nahrungsketten
- Intelligente Müllvermeidung und Recyclingsysteme
- Auf- und Ausbau einer Sharing-Kultur zur Nachnutzung und gemeinsamen Nutzung von Gegenständen - „Bibliothek der Dinge“
- Strategie für ein städtisches Wassermanagement im Umgang mit Klimaextremsituationen, Rückbau von Bodenversiegelungen und eine gute Durchlüftung der Stadtteile
- Ausweisung alter und neuer neuer Standorte für mehr Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet
- Trinkbrunnen in allen Quartieren

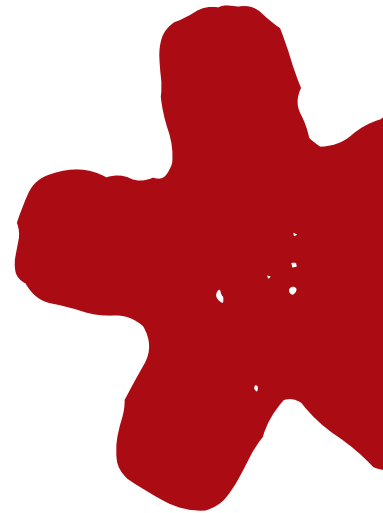
5. Verkehrswende jetzt – Fußgänger:innen, Fahrrädern, Bussen und Bahnen gehört die Zukunft



Die Linke Liste steht für eine Verkehrswende, die diesen Namen auch verdient. Wir wollen umweltfreundliche Mobilität (wie Bus, Bahn, Rad und Car-Sharing) stärken und somit allen ein gutes Mobilitätsangebot machen. Dazu gehört der Ausbau von Bus und Bahn, finanziert durch eine sozial ausgestaltete Mobilitätsabgabe, die jeder Person einen günstigen Zugang zu diesen Angeboten ermöglicht. Mobilität muss für alle erschwinglich sein und kann einen bedeutenden Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten.

Forderungen und Standpunkte

- Tempo 30 km/h als Regelgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet
- Verlängerung der 120 km/h-Zone auf der A 5 entlang des Stadtgebietes
- Kein Bau des Autobahn-(Stadt-)tunnels, stattdessen Reduzierung des überregionalen LKW-Transitverkehrs durch eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und ein Durchfahrtsverbot
- Ausbau und Ertüchtigung der Breisgau-S-Bahn zu einem funktionierenden und zuverlässigen ÖPNV-Rückgrat vor allem für Pendler:innen
- Kein B 31-West Ausbau nach Breisach, kein Ausbau der B 31-Ost
- Reduzierung des individuellen Autoverkehrs durch Stärkung des ÖPNVs und eine verkehrsreduzierende Stadtplanung
- Enges ÖPNV-Netz mit Bussen, Trams und S-Bahnen ins Freiburger Umland
- Sozialticket im ganzen Regio-Verkehrsverbund und kostenfreie Beförderung für Schüler:innen und Azubis
- Keine weiteren Preissteigerungen beim ÖPNV und Einstieg in den kostenfreien Nahverkehr, etwa über eine sozial ausgestaltete bzw. arbeitgeber-orientierte Mobilitätsabgabe pro Einwohner:in bzw. beschäftigte Person von ca. 15€/Monat mit dem Ziel eines Nulltarifs im ÖPNV
- Verlagerung des verbleibenden Individualverkehrs vom Auto hin zur Feinmobilität, v.a.



ERFOLGE

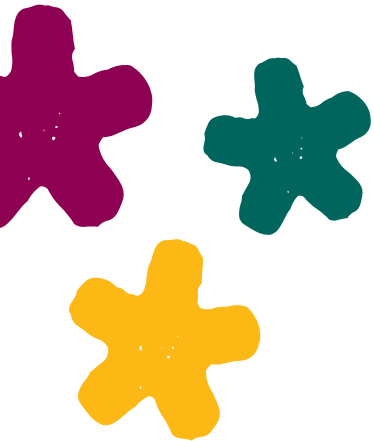
Massiver Ausbau
das Fahrradnetzes
und der Fußwege.

Carsharing und
überdachte Bus-
haltestellen, Ex-
pressbus für die
Ortschaften.

Klares Nein zur
Stadttunnel-
Planung.

Klares Nein zu im-
mer weiter steigen-
den Ticketpreisen.

- Fahrräder und andere Kleinfahrzeuge
- Erhalt des 49-Euro-Tickets und dessen gute Integration in den regionalen Verkehrsverbund
- Ausbau des Radwegenetzes auch ins Umland (u.a. durch Lückenschließung, durch Verbreiterung, mehr Radschnellwege)
- Radabstellplätze stetig erweitern, einschließlich einer neuen Fahrradgarage am Hauptbahnhof
- Mehr Flächengerechtigkeit für Fußgänger und Radfahrer
- Umstrukturierung des öffentlichen Raums, Optimierung von Parkflächen und mehr Platz für Fuß- und Radverkehr
- neue Verkehrskonzepte in allen Stadtteilen und mit den Bewohner:innen abgestimmte, verkehrsberuhigte und autoreduzierte Zentren sowie autofreie Superblocks
- mehr Quartiersgaragen mit Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge
- Förderung von Carsharing und Fahrgemeinschaften
- rollstuhlgerechte Car-Sharing Stellflächen



6. Eine starke Stadtgesellschaft braucht starke Stadtteile und Ortschaften



Die Linke Liste setzt sich seit jeher für eine Stärkung der einzelnen Stadtteile und Quartiere ein. Eine gute und leistungsfähige Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Post, Stadtteil-, Jugendzentren, Seniorenheime, Spielplätze, Bauernmärkte etc.) erhöhen die Lebensqualität aller Bewohner:innen. Zusätzlich braucht es eine bewohner:innen-orientierte und aktive Quartiersarbeit in allen Stadtteilen. So entstehen nachbarschaftliche Vernetzungen und zentrale Orte für eine Demokratisierung in allen Quartieren und Ortschaften.

Forderungen und Standpunkte

- Stadtteilzentren modernisieren, weitere Verkehrsberuhigung, Barrierefreiheit, mehr Grünflächen, Sitz- und Spielgelegenheiten und weniger Hitze-Hot-Spots
- Stadtteil- und Familienzentren mit Sozialberatungsangeboten und Mehrgenerationenhäuser in allen Stadtteilen
- gute Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf durch Geschäfte und Märkte
- Schnellere Nutzung leerstehender städtischer Immobilien (z.B. Stadthalle, Lycée Turenne) statt deren Verfall und kostspieligem Leerstand
- Ausbau von öffentlichen und barrierefreien WC-Anlagen
- Stärkung und Unterstützung der Bauernmärkte in den Stadtteilen
- Kinder- und Jugendzentren, gut ausgestattete Spielplätze
- Erhalt und Ausbau der Bibliotheken in den Stadtteilen
- Erhalt angestammter Quartiere und günstigen Wohnens statt Verdrängung durch Sanierung

7. Kommunale Demokratie und Mitbestimmung



Die Linke Liste steht für eine echte kommunale Demokratie mit wirksamer, akzeptierter Mitbestimmung. Viele Menschen erleben, dass sie kaum Gehör finden, daher sind echte Versammlungen notwendig, in denen sie zu Wort kommen. Dazu gehören neben der aktiven Quartiersarbeit auch Quartiersräte für die Vernetzung innerhalb des Stadtteils.

Forderungen und Standpunkte

- Unterstützung demokratischer Stadtteilstrukturen, wie Stadtteilversammlungen mit Vorschlags- und Vetorechten, gewählten Quartiersräten und Sprecher:innenräten
- Stärkung der Interessenvertretungen aus den Stadtteilen
- Ein versammlungsbasierter Beteiligungshaushalt mit mehr Kompetenzen und Einfluss der Bürger:innen
- Unabhängige Gemeinwesenarbeit (Quartiersarbeit) zur Initiierung, Begleitung und Förderung gemeinschaftlicher Stadtteilaktivitäten sowie nachbarschaftlicher Solidarität

- Einführung von Sozialentwicklungsplänen, die die gleichberechtigte Teilhabe in allen Stadtteilen in den Fokus nehmen und verwirklichen

8. Finanzen und Wirtschaft – Falsch gespart, kommt richtig teuer



Die Linke Liste hält die aktuelle Finanzausstattung der Kommunen angesichts ihrer Aufgaben für absolut unzureichend. Wir stehen für eine kommunale Finanzpolitik, die langfristige Investitionen in Soziales, Bildung und Infrastruktur tätigt und damit viele Folgekosten durch soziale Verwerfungen oder teure Sanierungen vermeidet. Die Aufnahme von Schulden, aber auch die Höhe kommunaler Steuern, wie der Grund- oder Gewerbesteuer, muss so gestaltet werden, dass sie wichtige Investitionen, Kosten für ein soziales Gemeinwesen und eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung absichern und ermöglichen. Die aktuelle finanzielle Situation der Kommunen sorgt dafür, dass unterschiedliche Bereiche bezüglich ihrer Förderung gegeneinander ausgespielt werden. Die Linke Liste lehnt eine solche Politik entschieden ab.

Forderungen und Standpunkte

- Verpflichtung großer Betriebe, ihren Anteil an öffentlichen Ausgaben verstärkt zu leisten
- Erhöhung der Gewerbesteuer - als eine reine Gewinnsteuer - um 10-20 Punkte; diese wird vor allem durch die 10 größten Unternehmen getragen, die allesamt Umsätze im dreistelligen Millionenbereich erzielen
- Steter Erhalt städtischer Infrastruktur und zügige Sanierungen, auch auf Basis von Kreditaufnahmen, statt hoher Folgekosten bei Verfall
- Investitionen in Klimaschutz, Kitas/Schulen, Verkehrswende und Energieeffizienz zum Nutzen aller
- Städtische Großinvestitionen stärker nach Aspekten sozialer, ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit ausrichten
- Erhöhung der Effizienz der Verwaltung, durch kluge Digitalisierung, personelle und konzeptionelle Kooperation mit den Umland-Landkreisen, flache Hierarchien, Integration von Quereinsteiger:innen, gute Arbeitsbedingungen und bedarfsgerechtes Arbeitszeitmodell
- Druck auf den Bund für eine Vermögensumverteilung und eine gerechte Steuerpolitik

9. Gute Arbeit und faire Löhne in der ganzen Stadt



Die Linke Liste steht für eine Stadt, in der alle Menschen von ihrer Arbeit und mit ihrem Einkommen gut leben und sich eine Perspektive aufbauen können. Tarifliche Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und den Aufgaben angemessene Personalbestände sind dabei in allen Bereichen unverzichtbare Grundbedingungen und sind Basis für eine Umsetzung der wichtigen Aufgaben der Stadt.

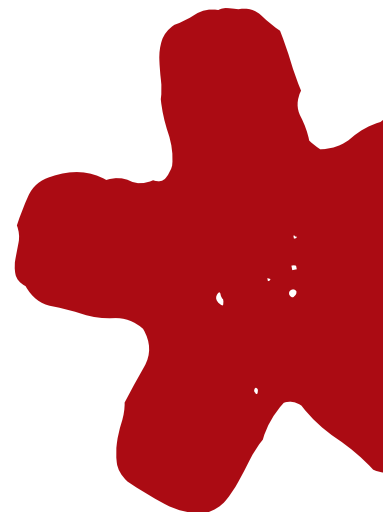
Forderungen und Standpunkte

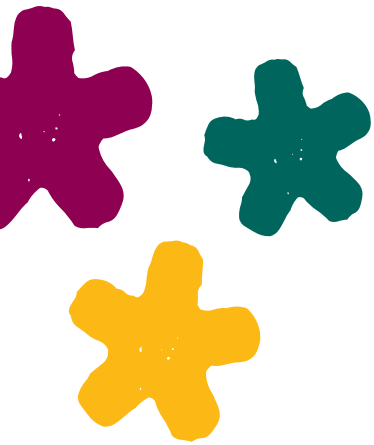
- Die Stadtverwaltung muss mit den städtischen Unternehmungen und Eigenbetrieben als Vorbild fungieren.
- Konsequente Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt durch Förderpläne, die nicht zuletzt auch einen adäquaten Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen sichern
- Unterstützung kommunaler Programme gegen wachsende Arbeitsüberlastung/Arbeitsverdichtung
- Kein Kosten- und Lohndumping durch Leiharbeit und dauerhafte Befristung
- Gute Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebs- oder Personalräten durch die Stadt als kommunalem Arbeitgeber
- Bau und Ausbau von Wohnheimen und Wohnungen für Azubis und Mitarbeitende der städtischen Betriebe
- Wiederaufbau eines kommunalen Beschäftigungssektors, u.a. für Menschen mit dauerhaften Problemlagen, freiwillig und ohne Zwang

KLARE STANDPUNKTE

Wir sind die einzigen die immer wieder eine Erhöhung der Gewerbesteuer beantragt haben, die vor allem die 10 größten Unternehmen in Freiburg zahlen.

Gerechtigkeit beginnt für uns vor Ort. Deswegen Solidarität mit allen Beschäftigten, bei Streiks und Lohnkämpfen.





- Ausweitung der Ausbildungsplätze bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften und Betrieben
- Unterstützung von jungen Menschen in Problemlagen während der Ausbildung und auf dem Weg in einen Beruf
- Schaffung von speziellen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst für Menschen mit psychischen Behinderungen
- Keine Auftragsvergabe der Stadt an Betriebe ohne Tarifvertrag, regelmäßige Kontrollen dieser Vorgabe
- Städtisches Beschaffungsmanagement und Beauftragung von Dienstleistungen nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien und regelmäßige Kontrolle dieser Kriterien
- Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und keine verkaufsoffenen Sonntage

10. Miteinander auf Augenhöhe - Solidarität statt Abschottung bei Migration und Integration



ERFOLGE

Beitritt Freiburgs zur europäischen Städteinitiative „Wahlrecht für alle“

Keine Zusammenarbeit mit der AfD.

Mehr Personal beim Amt für Migration für eine schnellere Einbürgerung.

Antrag für ein Modellprojekt Bildungsintegration und Bildungsbegleitung gestellt.

Die Linke Liste steht für einen solidarischen und integrativen Ansatz in der Migrationspolitik. Wir nehmen unsere Mitbürger:innen und zukünftigen Mitbürger:innen als solche wahr, unabhängig von ihrer Migrations- oder Fluchtgeschichte. Zugleich sehen wir uns als Stadt in der Verantwortung, ankommenden Geflüchteten und Migrant:innen wirksam zu helfen und deren Integration in die Stadtgesellschaft zu beschleunigen. Das heißt für uns eine gleichberechtigte soziale Einbindung, Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie politische und gesellschaftliche Repräsentanz für alle. Für uns gilt es, die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die Geflüchteten. Das bedeutet über die kommunale Ebene hinaus eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in ihren Herkunftsländern. Dazu gehört ein Ausbau der Entwicklungshilfe, unabhängig von deutschen Wirtschaftsinteressen. Wir lehnen die Festung Europa entschieden ab - jeder Euro an FRONTEX gehört in die Entwicklungs- oder Geflüchtetenhilfe bzw. in die zivile Seenotrettung.

Forderungen und Standpunkte

- Wir fordern, dass Freiburg seine Verantwortung als „Sicherer Hafen“ ernst nimmt und geflüchtete Menschen willkommen heißt, sowie die zivile Seenotrettung unterstützt
- Wir möchten, dass Freiburg eine Sanctuary City/Solidarity City wird, damit auch Menschen ohne offizielle Dokumente an der Gesellschaft teilhaben können
- Aufbau und Absicherung einer Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis
- Schnelle Integration von Geflüchteten in das städtische Sozial- und Alltagsleben, Unterbringung in angemessenen Wohnungen und Zugang zu Ausbildung und Arbeitswelt
- Wahlrecht für Alle – Wahlkreis 100%
- Stärkung des Migrant:innen-Beirats und migrantischer Initiativen
- Willkommenskultur statt Ausgrenzung und Diskriminierung im Amt für Migration und Integration
- Bildungsungerechtigkeit überwinden
- Bereicherung durch Vielfalt der Kulturen im Sinne einer bunten Stadtgesellschaft
- Bekämpfung von Fluchtursachen als Fokus jeder Migrationspolitik
- Recht auf Asyl darf nicht untergraben werden
- Keine stigmatisierenden Sonderregelungen; weiterhin Geldleistungen statt Sachleistungen
- Ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommune durch Bund und Land

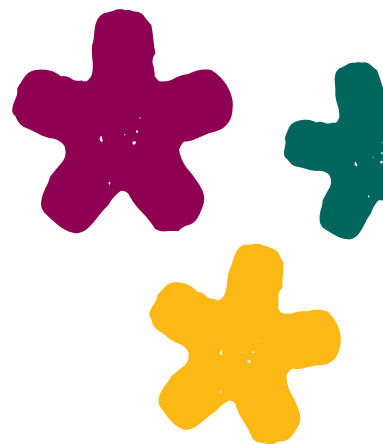
11. Solidarische Stadtgesellschaft gegen Faschismus, Rassismus und Ausgrenzung



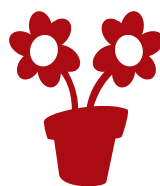
Die Linke Liste steht für eine ausnahmslos solidarische Stadtgesellschaft. Das bedeutet für uns ein konsequentes Eintreten und Handeln gegen Rassismus, Hass und Ausgrenzung. Auch in unserer Stadt, die für ihr weltoffenes Image geschätzt wird, sind Diskriminierungen verschiedener Art, etwa durch Racial Profiling, leider Alltag. Die Ausgrenzung von Menschen wird von politischen Akteuren wie der AfD propagiert und befeuert. So kommt es immer wieder zu Ausgrenzungen oder sogar Übergriffen auf Minderheiten. Wir stellen uns der Hetze rechter Kräfte wie der AfD entgegen. Ihr völkisches und rassistisches Weltbild muss überall und immer bekämpft werden. Wir unterstützen die Arbeit antifaschistischer Organisationen vor Ort.

Forderungen und Standpunkte

- Aktive Erinnerungs-, Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit gegen Hass, Rassismus und Antisemitismus
- Aktive Unterstützung des NS-Doku-Zentrums als Ausstellungsort mit Gedenk- und Weiterbildungscharakter, Beachtung der Widerstandsgeschichte
- Den 8. Mai als Gedenktag an die Befreiung Deutschlands vom Nazi-Faschismus offiziell würdigen und ganzjährig aktive Erinnerungspolitik
- Inner- und außerhalb des Gemeinderates unterstützen wir Projekte und Bewegungen, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie einsetzen



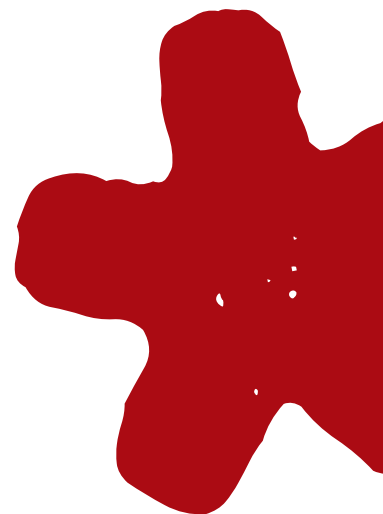
12. Frieden schaffen durch Solidarität, Erinnerung und Dialog



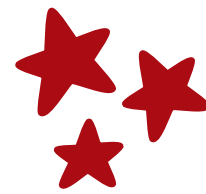
Die Linke Liste steht seit ihrer Gründung im Jahr 1984 als Friedensliste für Abrüstung, friedliche Konfliktlösung und humanitäre Hilfe für alle Menschen, die von Kriegen und dessen Folgen betroffen und bedroht sind. Im Angesicht weiter zunehmender kriegerischer Auseinandersetzungen weltweit bekräftigen wir unsere Forderung nach der unbürokratischen Aufnahme aller vor Krieg, ökologischen und humanitären Katastrophen Geflüchteten, sowie von Deserteur:innen und Kriegsdienstverweiger:innen. Wir lehnen es ab, dass Kriege als Vorwand für Aufrüstung, Remilitarisierung und für ein Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden dienen, denn damit fehlt dieses Geld an anderer Stelle und dient lediglich als ein Geschenk an die Rüstungsindustrie. Wir sehen die Notwendigkeit einer konsequenten Friedenspolitik, auch auf kommunaler Ebene.

Forderungen und Standpunkte

- Freiburg als sicheren Ort für Geflüchtete vor Krieg, ökologischen und humanitärer Katastrophen sowie von Deserteur:innen und Kriegsdienstverweiger:innen etablieren
- Keine Bundeswehrwerbung an den Schulen
- Keine öffentlichen militärischen Veranstaltungen
- Keine Etablierung der Militärforschung an Forschungseinrichtungen der Universität
- Aufstellung der Stele zum Gedenken an die Anti-Kriegs-Rede Rosa Luxemburgs im März 1914 im Freiburger Stadtgarten sowie die Benennung eines Freiburger Platzes nach Jean Jaurès, um an diesen französischen Pazifisten (1859-1914) zu erinnern und um einen Gegenpol zum Siegesdenkmal zu setzen
- Ausbau der Städtepartnerschaften im globalen Süden
- Aktive Pflege der Freiburger Städtepartnerschaften durch zivilgesellschaftlichen Austausch
- Freiburg als Friedensstadt etablieren



13. Mädchen, Frauen, Geschlechtergerechtigkeit



Die Linke Liste steht für die echte Gleichberechtigung aller Geschlechter. Etwa jeden dritten Tag stirbt in Deutschland eine Frau durch Femizid. Die Sicherheit und Position von Frauen und weiblich gelesenen Personen in unserer Gesellschaft muss weiter verbessert werden. Unser Ziel ist dabei echte Geschlechtergerechtigkeit. Dazu braucht es aktive Maßnahmen gegen jede Form von Sexismus und geschlechterspezifische Gewalt, Aufklärung und sichere Orte für Frauen und weiblich gelesene Personen, speziell auch mit Migrationserfahrung. Wir wollen gleichen Lohn für alle, Anerkennung und Freiräume für Care-Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle und eine wirklich gerechte Umverteilung von Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern.

Forderungen und Standpunkte

- Umsetzung der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen
- Ausbau und verlässliche Finanzierung der Plätze und Angebote in Frauenhäusern, inklusiv und barrierefrei
- Unterstützung für ein queeres und feministisches Zentrum
- Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mädchen, Frauen und weiblich gelesene Personen
- Unterstützung der interkulturellen Frauen- und Mädchenarbeit
- Unterstützung für Alleinerziehende auf dem Wohnungsmarkt und im Beruf
- Förderung von Müttern sowie speziell auch von Frauen mit Migrationshintergrund bei Berufseinstieg und Berufsausübung
- Unterstützung von Hebammen und Geburtshelfern im Beruf und in ihrer besonderen und wichtigen gesellschaftlichen Rolle für Frauen, Familien und Kinder

14. Junge Menschen integrieren und mitentscheiden lassen



Die Linke Liste steht für eine Stadt, in der junge Menschen mitbestimmen und mitentscheiden dürfen, in der ihre Interessen gesehen und berücksichtigt werden. Junge Menschen brauchen selbst gestaltete Freiräume ohne Konsumzwang, mehr Unterstützung bei der Berufsfindung und der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. In Zeiten multipler Krisen steht die Stadt in der Verantwortung, gerade jungen Menschen, die von Armut betroffen oder in psychische Problemlagen geraten sind, die notwendigen Hilfen zukommen zu lassen.

Forderungen und Standpunkte

- Konkrete Mitspracherechte für Jugendliche
- Feste Ansprechperson für Jugendliche in der Verwaltung und Schaffung einer Koordinierungsstelle für Kinder-, Jugend- und Öffentlichkeitsbeteiligung
- Mehr personelle und finanzielle Unterstützung für alle Jugendbeteiligungsformate und Initiativen, wie z.B. auch den Schüler:innenrat
- Mobilität durch attraktiven Fahrradverkehr und vergünstigte bzw. kostenfreie Fahr-scheine für Auszubildende und Schüler:innen
- Bau weiterer Schüler:innen- und Azubi-Wohnheime, betrieben in Eigenorganisation, durch das Studierendenwerk oder einer Wohnheimgenossenschaft
- Öffnung der Jugendzentren auch an Wochenenden und in den Ferien
- Freizeit-Freiräume für Jugendliche erhalten und barrierefrei ausbauen
- Mehr Unterstützung für Jugendliche in psycho-sozialen Belastungssituationen

ERFOLGE

Mehr Finanzmittel für kleine Projekte von Jugendlichen bereitgestellt.

Ausbau von Jugendflächen im Eschholzpark und im Dietenbachpark.



15. Alt werden, gesund bleiben - eine kommunale Aufgabe

Die Linke Liste steht für eine integrative Stadtgesellschaft, in der die verschiedenen Generationen mit ihren Bedürfnissen gut und gerne zusammenleben. Wichtig sind uns daher Barrierefreiheit im öffentlichen Raum wie auch bei Wohnungen, gute Strukturen bei sozialer, gesundheitlicher und nachbarschaftlicher Unterstützung in den Quartieren sowie eine gute zentrale Gesundheitseinrichtung und Angebote in allen Stadtteilen.

Forderungen und Standpunkte

- Sorgearbeit ist als öffentliche Aufgabe zu sehen
- Gesundheits- und Sozialzentren in allen Stadtteilen
- Voraussetzungen schaffen, damit die Menschen - nicht nur Ältere sondern auch Menschen mit Behinderung - möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können
- Unterstützung des Mehrgenerationen-Wohnens im Quartier
- Senioreninitiativen in den Stadtteilen stärken und unterstützen
- Kommunale Gesundheitspolitik durch Ausbau der präventiven Maßnahmen
- Verbesserung der Verhältnisse in Pflegeeinrichtungen, Sozialstationen und Krankenhäusern
- Die Planung und Errichtung neuer Pflegeeinrichtungen auch für jüngere Menschen
- Gesundheitsteams an allen Freiburger Schulen - „school-nurses“

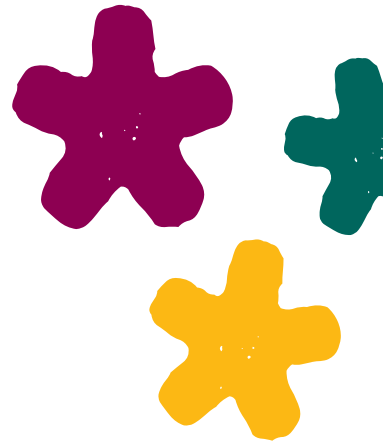


16. Barrierefrei und inklusiv - Eine Stadt für wirklich ALLE

Die Linke Liste steht für eine barrierefreie und inklusive Stadt für alle Menschen. Der Rückbau von Barrieren im öffentlichen Raum, aber auch die Bereitstellung von barrierefreiem Wohnraum sind wichtige Aufgaben. Den Titel Solidarity City - eine Stadt für Alle - zu erhalten, bedarf noch einiger Anstrengungen. So ratifizierte die Stadt Freiburg zwar die UN-Behindertenrechtskonvention, aber bei der kulturellen, strukturellen und mobilen Zugänglichkeit besteht noch ein erheblicher Aufholbedarf.

Forderungen und Standpunkte

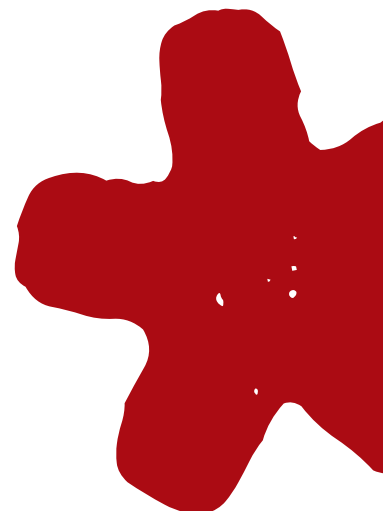
- Schnellere Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV-Netz und an den Haltestellen der VAG und RVF
- Gut sichtbare Beschilderung zu barrierefreien Zugängen und barrierefrei zugängliche Toiletten
- Schnelle Umsetzung eines barrierefreien Hauptbahnhofs; mehr Druck auf die Bahn ausüben
- Stadtteilzentren, öffentliche Gebäude und häufig genutzte Wege zu zentralen Einrichtungen müssen schneller komplett barrierefrei gemacht werden. Dies beinhaltet auch induktive Höranlagen und kontrastreiche Umfeld- und Bodengestaltung für Sehbehinderte
- Barrierefreie Zugänglichkeit bei kulturellen Einrichtungen, am Münstermarkt durch Glättung eines Teils des Kopfsteinpflasters, zu Museen, in der Gastronomie, in öffentlichen Parks und Seen sowie bei öffentlich unterstützten Ferien- und Freizeitangeboten
- Herstellung eines barrierefreien Zugangs an den Opfinger See (Haltestelle und Seezugang)
- Mehr inklusive Ferien- und Freizeitangebote
- Angebote von Sportgeräten im öffentlichen Raum für Rollstuhlfahrende
- Ausweitung der Außengastronomie nur in Abstimmung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung
- Mehr barrierefreie Bächle-Übergänge in der Innenstadt
- 3-D Lageplan und Gedenktafeln der Stadt in leichter Sprache und Braille-Schrift sowie induktive Höranlagen an allen wichtigen Stellen der Stadt



ERFOLGE

Mehr Geld für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen.

Verbesserte Barrierefreiheit im Colombipark und am Opfinger See.



17. Sport und Freizeit – Gemeinsam fit und gesund in Freiburg leben



Die Linke Liste steht für ein vielfältiges Freizeit- und Sportangebot, das allen Bewohnern unserer Stadt zugänglich ist. Wir setzen uns für den Schutz und die Ausweitung der bestehenden und für eine Schaffung neuer Sport- und Freizeitflächen ein. Gerade in einer Welt, die sich immer weiter digitalisiert, bieten Sportvereine einen wichtigen Ort um soziale Kontakte zu knüpfen, sich vom stressigen Alltag zu erholen und fit zu bleiben. Neben den Vereinsanlagen braucht es mehr öffentliche Sportflächen, auf denen Bewegung und Sport nicht nur im Verein möglich ist.

Forderungen und Standpunkte

- Mehr Parks und Freiraumflächen für eine wachsende Stadt.
- Neuordnung der bestehenden Sportflächen, insbesondere im Westen und im Süden
- Schaffung eines neuen Sportbandes zwischen Rieselfeld, Dietenbach-Park und Weingarten
- Stärkung der Vereine durch gegenseitige Kooperation und gemeinsame Verwaltungsstrukturen
- Rücknahme der Erhöhung der Schwimmbad-Eintrittspreise und auch keine Schließung der Bäder in den Ortschaften Hochdorf und Lehen
- Neues Eisstadion bauen, auch für den Breitensport sowie Sportstätten und -geräte im öffentlichen Raum, z.B. Mountainbike-Strecken, Bolzplätze und Trimm-Dich-Geräte
- Unterstützung von kleinen Sportvereinen bei notwendigen Investitionen und Umstrukturierungen
- Jugendsport und Sport für Geflüchtete fördern

18. Kultur und Nachtleben - Mehr (er)leben – Platz für Kultur, Clubs und Kreativität



Die Linke Liste steht für ein buntes, vielfältiges und unvoreingenommenes Kultur- und Nachtleben in Freiburg. Kunst, Kultur, Musik, Tanz und Unterhaltung sind elementare Bestandteile eines guten städtischen Lebens. Sie fördern den gesellschaftlichen Austausch, schaffen Raum für Begegnung, Dialog und Debatte - sie machen Spaß und schaffen Ausgleich. Für uns gilt dabei die unbedingte Notwendigkeit, allen Gesellschaftsgruppen gleichermaßen Möglichkeiten zu bieten, sich kulturell und sozial auszuleben. Kunst und Kultur bedeuten deshalb auch freie Kunstprojekte, Sub-, Club- und Feierkultur. Wir sehen es als Aufgabe der Stadt an, die Ansprüche verschiedener Generationen und Interessensgruppen an ihre Freizeitgestaltung ernst zu nehmen und diesen bestmöglich gerecht zu werden.

Forderungen und Standpunkte

- Erhöhung des Kunst- und Kulturetats
- Ausbau und Förderung von Kunst- und Kulturstätten
- Einheitliche Preisgestaltung bei Museen und kulturellen Veranstaltungen, die den Zugang für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet. Ziel ist Kostenfreiheit aller Museen (Eintritt auf Spendenbasis)
- Unterstützung kulturell genutzter Räumlichkeiten, wie das ArTik, ein „Haus der Kulturen“ und ein „Haus des Engagements“
- Mehr Stadtmöblierung an öffentlichen Plätzen und gastronomische Außensitzflächen vor Cafés und Kneipen, jedoch in Absprache mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung
- Ausbau des öffentlichen Raums im Sinne von speziellen Nutzungszonen für Jugendliche, Nachtschwärmer:innen und Musikveranstaltungen
- Förderung von mehr neuen Proberäumen für die junge Musikszene und Subkultur Freiburgs
- Erhalt und Ausbau einer lebhaften und zugleich auch rücksichtsvollen Freiraum- und Draußenkultur
- Aktiver Dialog zwischen Anwohner:innen und Freizeit-Nutzer:innen an Treff- und Lärm-Hot-Spots
- Ausweitung des Angebots der präventiven Arbeit an Treff- und Lärm-Hot-Spots, sog. Night-Owls
- Mehr öffentliche Toiletten in der Innenstadt, den Stadtteilzentren und den Parks im ganzen Stadtgebiet



19. Digitalisierung - Medienkompetenzen stärken

Die Linke Liste steht für eine schnelle und durchdachte Digitalisierungsstrategie in Bildung, Alltag und Verwaltung. Die zunehmende Digitalisierung unserer Umwelt ist dabei kein Selbstzweck: sie muss so gestaltet werden, dass sie allen dient und niemanden ausgrenzt, so dass Verwaltungsprozesse effizienter und schneller werden. Im Bereich von Bildung soll sie pädagogischen Nutzen haben und junge Menschen auf die Zukunft vorbereiten. Begleitend braucht es die Stärkung einer allgemeinen Medienkompetenz, durch spezielle Angebote für junge und alte Menschen, in Kitas, in der Jugendarbeit sowie in den Schulen und Stadtteilzentren.

Forderungen und Standpunkte

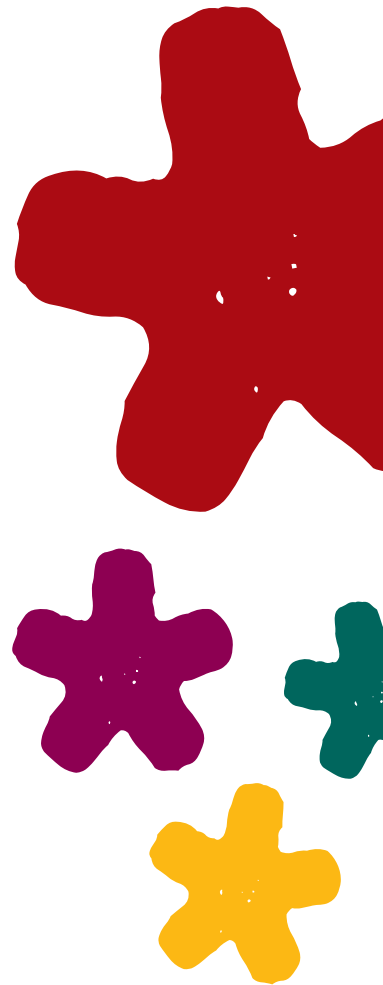
- Die Digitalisierung ist so zu gestalten, dass auch Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen nicht abgehängt werden
- Digitalisierung darf bei der Stadtverwaltung nicht zu Personaleinsparungen führen
- Alle Behördengänge müssen auch weiter „nicht-digital“ möglich sein
- Förderung von Medienkompetenzen, die auch eine kritisch-reflektierte Nutzung der modernen Technologien beinhaltet
- Förderung von Möglichkeiten für ältere Menschen, digitale Kompetenzen zu erlangen
- Versorgung aller Schulen mit leistungsfähigen Internetzugängen
- Bereitstellung von qualifizierten Fachleuten zur Betreuung und Pflege der neuen IT-Strukturen sowie qualifizierende Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte für die digital gestützte Lehre
- Schnelles Internet für alle Stadt- und Ortsteile
- Öffentliche und nicht-kommerzielle WLAN-Netzwerke, die keine Nutzer:innendaten sammeln

20. Sicherheit durch Prävention – Sexualisierter Gewalt entgegenreten

Die Linke Liste steht für ein Freiburg frei von Angst und Gewalt, diskriminierendem Denken und Handeln. Trotz eines langjährigen statistischen Rückgangs von Kriminalität in fast allen Deliktsbereichen kommt es leider immer wieder auch zu Grenzüberschreitungen und übergriffigem Verhalten. Auch wird aus Teilen der Bevölkerung immer wieder von einem verschlechterten Sicherheitsgefühl berichtet. Diese Verunsicherung verändert Gewohnheiten. Sie erzeugt ein Klima, in dem Menschen sich weniger unvoreingenommen begegnen. Wir sehen den Schlüssel zur Stärkung der Sicherheit und einem positiven gesellschaftlichen Austausch vor allem im Bereich von Prävention und Bildung, der Sensibilisierung und Bewusstmachung.

Forderungen und Standpunkte

- Stete Weiterentwicklung nicht-repressiver Sicherheitskonzepte im Nachtleben, im Umfeld von Clubs und Kneipen
- Aktive und belebende Gestaltung von öffentlichen Plätzen durch integrative und kulturelle Konzepte
- Angst-Räume wie dunkle und schwer einsehbare Ecken sind zu beseitigen durch räumliche Gestaltung, durch Belebung und Beleuchtung
- Ausbau der Schulsozialarbeit, von Jugendzentren, Verstärkung von Streetwork und Quartiersarbeit
- Ausbau von geschlechtergerechter sowie gendersensibler Bildung und Beratung
- Förderung von Gruppen und Vereinen, die Awareness-Strukturen schaffen und für übergriffiges Verhalten, Grenzüberschreitungen, Sexismus, Rassismus und Diskriminierung sensibilisieren
- Wir lehnen Videoüberwachung ab und werden uns für den Rückbau nicht-DSGVO-konformer Kameras einsetzen



**KONSEQUENT
SOZIAL!**

**Am 9. Juni 2024
Konsequent
sozial wählen!**

LINKE LISTE
SOLIDARISCHE STADT

- ✉ Karlstr. 10, 79104 Freiburg
- ☎ 0761-29280730
- ✉ info@linke-liste-freiburg.de
- 🌐 www.linke-liste-freiburg.de
- 📘 fb.com/LinkeListeFreiburg